

Der Abend
27. II. 1918

MS

Ein Anschlag gegen das Ernährungs- wesen.

So und nicht anders müssen die Pläne bezeichnet werden, die jetzt nach dem Rücktritt des Generalmajors Göfer, von der Regierung beraten werden. Es rumorte schon seit einiger Zeit. Die Hinterhältigkeit der Bauern bei der Ablieferung des Getreides brachte unsere Versorgung in Gefahr und führte zur Kürzung der Mehlquote in den Städten. Nicht genug damit, die Behörden standen sogar vor der Wahl, auch die gekürzte Ration, von der man sagen kann, daß sie zum Leben zu wenig und zum Sterben zu viel sei, nicht verbürgen zu können, wenn den Landwirten nicht die hohe Selbstverbraucherquote gemindert werde. Man entschloß sich zu diesem Schritt und von diesem Augenblick an gab es keine Ruhe mehr. Die Agrarier kündigten im Parlament die passive Resistenz an, erklärten, weder arbeiten noch liefern zu wollen und sprachen sogar von einer offenen Revolte. Das waren selbstverständlich leere Drohungen, denn zu einer Revolte entschließt sich vielleicht ein verzweifelter Sklave, nicht aber ein Bauer und Grundbesitzer, der sich während der ganzen Kriegszeit immer tüchtig sattgeessen und Monat für Monat die blanken Läufern in die Sparkasse gelegt hat. Einster war die Bühlarbeit, die seit der Kürzung der Selbstverforgerration die agrarischen Wortführer hinter den Kulissen geleitet haben. Man weiß, daß sie immer Feinde der staatlichen Bewirtschaftung und der Höchstpreispolitik waren. Mehl, Kartoffeln und Fett ließen sich jederzeit um das Vierfache des Höchstpreises verkaufen und seit der Schleichhandel über eine so ausgezeichnete Organisation verfügt wie jetzt sind sie überhaupt nicht mehr zu halten. Das Schicksal der Bevölkerung in den Städten ist ihnen allerdings nicht gleichgültig, woran sie denken, das ist nur ihr eigener Vorteil. Mit ihnen haben sich die Händler vereinigt, die die staatliche Bewirtschaftung zum großen Teile ausschaltete und die heute nur auf dem Wege des Schleichhandels ihren Nutzen finden können. Seit einigen Tagen macht sich die „Neue Freie Presse“ zum Wortführer dieser Bestrebungen und wirft dem Staate vor, daß seine Ernährungspolitik verjagt habe. Das Blatt meint, der Staat sei unter allen Umständen unfähig, die Ernährung des Volkes durchzuführen, und verlangt Handelsfreiheit. So steht aber die Sache nicht. Der Ernährungsdienst hat verjagt, nicht weil der Staat ihn führte, sondern weil der Staat unausgeleitet gezwungen wurde, zugunsten der Erzeuger und Händler durch die Finger zu sehen. Es ist vor einigen Wochen hier der Nachweis geführt worden, daß diese dem Staate ausgedrängte Nachgiebigkeit verschuldet hat, daß Millionen Meterzentner Getreide seinem Zugriff und der rationierten Volksernährung entzogen wurden, genau so wie im vorigen Jahre eingestandenermaßen die halbe Kartoffelernte Österreichs verschwunden ist. Diese Fehler sind sowohl von der Kritik wie von Ernährungsamte erkannt worden und man hat deshalb verlangt, daß der Leiter des Ernährungsamtes mit den Vollmachten eines Ministers ausgestattet werde. Wir gehen sogar darüber hinaus und verlangen, daß der Ernährungsminister dem Ministerpräsidenten gleichrangig an die Seite gestellt werde und neben ihm eine Stellung einnehme, wie sie sich der Leiter der auswärtigen Politik und das Armeekommando zu erringen mußten.

Gerade das Gegenteil will aber Herr Dr. von Seidler jetzt tun. Sein Plan geht dahin, das Ernährungsamt als Abteilung des Ministerratspräsidiums einzurichten, an seine Spitze einen Hofrat — Herrn Dr. Ludwig Paul — zu stellen und, damit die Unterordnung nur recht deutlich zum Ausdruck komme, einen Sektionsrat — Herrn Dr. Gärtner — als Verbindungsmann zwischen dem Hofrat und dem Ministerpräsidenten zu ernennen. Das läuft allem zuwider, was die Verteidiger einer gerechten Bewirtschaftung und Verteilung der Lebensmittel verlangen. Der Herr Hofrat, der das Ernährungswesen leiten soll, wird fortwährend Angriffen des Ackerbauministeriums ausgesetzt sein und sich ihnen noch weniger entziehen können als der bisherige Ernährungsminister, schon weil ihm Rang und Ansehen nicht das Gewicht des Generalmajors Göfer verleihen. Der Ministerpräsident Dr. von Seidler soll in allen Streitfällen entscheiden. Wir glauben aber, daß er heute kaum mehr weiß, wo ihm der Kopf steht und daß er auch nicht über die Zeit und Mühe verfügt, sich um das Ernährungswesen zu kümmern. Wir sind ferner der Meinung, daß seine ganze Vergangenheit und auch die Proben, die er bisher von seiner Einsicht in Ernährungsdingen geliefert hat, ihn nicht als den Mann gelten lassen können, den die Bevölkerung als Ernährungsminister braucht. Wir müssen daran erinnern, daß Dr. v. Seidler der Urheber der nach seinem Regierungsantritt veranstalteten Ernährungsfrage ist, bei der die Agrarier das große Wort führten und die in der Folge geradezu verhängnisvolle Maßnahmen herbeiführte. Herr Dr. v. Seidler ist heute bereits in der Lage, den Segen zu überschauen, den die von ihm veranlaßte Änderung der Kartoffelverordnung gebracht hat. Er besteht darin, daß unsere Erdäpfelquote viel kleiner ist, als die deutsche Kartoffelquote, und wenn die

Deutschen sich neben einer ausgiebigen Kartoffelernährung auch einer ungestörten Mehl- und Brotverforgung erfreuen, wir aber unter ständigen Störungen und Stockungen leiden, so ist das ebenso sehr eine Folge der unzureichenden Geldbestellung wie der Nachlässigkeit, mit der die Aufbringung und Verteilung bei uns behandelt wird. Immer wieder muß man es sagen: noch nie hatte der Schleichhandel so großen Umfang wie heute. Wer Geld hat, beschafft sich einfach alles in unbegrenzten Mengen, der Mehrheit der Bevölkerung kann aber nicht einmal die Bürgschaft für eine sichere Zulieferung der Nationen gegeben werden. Wir brauchen einen Ernährungsdictator, aber keinen Ernährungs Hofrat. Deshalb werden die Pläne des Herrn Dr. v. Seidler die größte Unruhe hervorrufen. Er hat alle Ursache, der Bevölkerung in Ernährungsdingen gerecht zu werden. z.